

Meinung

Köpi-Räumung Gewalt hilft nicht weiter

ELMAR SCHÜTZE

Rund 3500 Polizistinnen und Polizisten aus neun Bundesländern, 76 Festnahmen, 46 verletzte Einsatzkräfte, zwei davon so ernsthaft, dass sie ihren Dienst beenden mussten. Das ist die – unvollständige – Bilanz von drei Tagen Auseinandersetzungen um die Räumung des Wagenzugs in der Köpenicker Straße in Mitte. Unvollständig deshalb, weil die Zahl der verletzten Demonstranten fehlt.

Aber was soll man sagen zu so viel Aggressivität und Gewaltbereitschaft? Dasselbe oder zumindest etwas Ähnliches wie Innensenator Andreas Geisel: „Was wir erlebt haben, ist keine politische Haltung, sondern blinde Zerstörungswut. Es ist destruktiv und löst kein einziges Problem. Der Staat wird Gewaltandrohungen nicht weichen. Rechtsstaatlichkeit ist ein hohes Gut und muss sich immer durchsetzen.“ Oder die designierte Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey: „Was da passiert, wenn es um rechtmäßige Räumung von Orten geht, dass Menschen der Meinung sind, mit massiver Gewalt gegen Polizeikräfte ihren Willen durchzusetzen, das ist nicht in Ordnung.“ Oder die designierte Bürgermeisterin Bettina Jarasch: „Diese willkürliche Zerstörungswut und die Aggression gegen die Polizei sind nicht akzeptabel. Gewalt darf niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein.“

Das ist alles richtig – doch es lohnt ein zweiter Blick. An der Köpenicker Straße wurde ein Stück Berlin geräumt. Eines, wie es in allen Reiseführern als international und attraktiv gefeiert wird. Davon gibt es immer weniger, die Verdrängung nimmt vor allem in der Innenstadt zu. Wie immer gilt: Diese Entwicklung kann, wenn überhaupt, nur politisch gelöst werden. Eine dringende Aufgabe für Geisel, Giffey, Jarasch und Co., die sich daranmachen, eine neue Regierung zu bilden.

Türkei

Erdogans Dank für den Deal

MICHAEL MAIER

Das deutsch-türkische Verhältnis war in der Merkel-Ära von pragmatischem Taktieren geprägt. Angela Merkel verstand es geschickt, den türkischen Präsidenten einzubinden und zugleich dafür zu sorgen, dass er in Deutschland keine politische Rolle spielt. Sie sagte nach dem gescheiterten Putsch in Ankara im Jahr 2016: „Von den Türkischstämmigen, die schon lange in Deutschland leben, erwarten wir, dass sie ein hohes Maß an Loyalität zu unserem Land entwickeln.“ Viele in der türkischen Community fanden diese vorbeugende Zurechtweisung zwar völlig zu Recht als Beleidigung – hatten ihre Familien doch als Gastarbeiter das Wirtschaftswunder erst möglich gemacht. Wirklich gedankt wurde den Gastarbeitern aber nicht. Viele zählen mittlerweile zu jenen, „die schon länger hier leben“. Im Jahre 2011, als es 50 Jahre Anwerbeabkommen zu feiern gegeben hätte, fiel der Dank des gesamten deutschen Establishments immer noch karg und spröde aus.

Das Misstrauen besteht bis heute. Politische Begründungen gibt es allerdings auch nicht: Erdogan monierte beim Abschiedsbesuch Merkels am Bosphorus, dass die Türken in Europa Opfer von rassistischen Vorurteilen und Taten sind. Zugleich ist es immer noch die staatliche türkische Dithy, die bestimmt, was in den deutschen Moscheen gepredigt wird.

Doch Merkels Hauptaugenmerk lag weniger auf einer freudigen Annahme des „bunten Deutschland“. Sie musste realpolitisch handeln, um dem Meinungsumschwung im Hinblick auf die Flüchtlinge Rechnung zu tragen. Erdogan bekam Milliarden von der EU und hält bis heute die Grenzen für Millionen Flüchtlinge geschlossen. Das war Merkels „Deal“. Erdogan dankte es Merkel ostentativ – auch, weil er sich nicht sicher sein kann, ob die Grünen in der Bundesregierung für eine Verlängerung stimmen werden.



Die liberale Handschrift



BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Noch ist nicht hundertprozentig klar, ob dieses Land eine Ampel-Koalition bekommt. Seit Freitag aber wissen wir, dass es immerhin Koalitionsverhandlungen dafür gibt. Die Sondierungen sind abgeschlossen, es liegt ein erstes zwölfseitiges Papier auf dem Tisch, das nun die Grundlage für alles weitere sein soll.

Dabei ist klar geworden, dass die beteiligten Parteien – SPD, Grüne und FDP – ehrlich bereit zu sein scheinen, Kompromisse einzugehen. Die zehn Punkte, die in den Sondierungsergebnissen festgehalten wurden, enthalten für jeden Partner Genugtuung und Zumutung. Die SPD bekommt ihren Mindestlohn von zwölf Euro. Das ist keine Überraschung, schließlich war es das zentrale Wahlversprechen, mit dem Kanzlerkandidat Olaf Scholz seine Respekt-Kampagne geführt hat. Das Mindestrentenniveau von ohnehin nur noch 48 Prozent soll nicht weiter abgesenkt, die Lebensarbeitszeit nicht erhöht werden. Das ist ebenfalls ein Erfolg für die SPD, wobei sich das auch mit grünen Forderungen deckt.

Sicherlich ist das Sondierungspapier lediglich eine Grundlage für die nun erst beginnenden Koalitionsverhandlungen. Es ist an einigen Punkten aber schon recht konkret, interessanterweise meist da, wo die FDP im Vorfeld Forderungen aufgestellt hat.

So haben die Liberalen eine teilweise Kapitaldeckung in das Rentenkonzept verhandelt. Dafür sollen im ersten Jahr zehn Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Wenn man bedenkt, dass der Zuschuss zur Rentenkasse bereits einen dreistelligen Millionenbetrag ausmacht, ist das allerdings eher wenig.

Es gibt aber weitere Punkte für die FDP: So wird es kein generelles Tempolimit geben. Das hatte der Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter vor Tagen quasi im Interview zugestanden. Jetzt steht es auch im Papier – ebenso wie der Verzicht auf die Vermögenssteuer und die Erhöhung von Einkommen-, Unterneh-

Ampel-Sondierungen

Leichter Vorteil für Liberale



CHRISTINE DANKBAR

mens- oder Mehrwertsteuer. Auch an der Schuldenbremse wird festgehalten. Wie man die ebenfalls versprochen „Zukunftsinvestitionen ... insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur“ finanzieren will, darf man gespannt abwarten. Das könnte dann schon noch mal eine Nachsitzung erfordern, die man eigentlich vermeiden will.

Vielleicht ändert sich das im Laufe der Koalitionsverhandlungen, aber derzeit sieht es so aus, als sei die Einigkeit, die am Freitag bei der Vorstellung des Papiers herrschte, vor allem durch Zugeständnisse seitens der Grünen erkaufbar worden.

Natürlich ist ein umfassendes Klimaschutzprogramm verabredet worden. Wie es konkret aussehen soll, wird hoffentlich in den Koalitionsverhandlungen präzisiert. Die Ausführungen dazu sind erst mal vage.

So ist das erklärte Ziel der Grünen, bis 2030 aus der Kohle auszusteigen, nicht verbindlich festgeschrieben, sondern nur als Ziel, das „idealerweise“ bis dahin erreicht werden soll. Solaranlagen soll es auf allen dafür „geeigneten“ Dächern geben, Pflicht wird das aber nur für gewerblich genutzte Räume. Privatleute will man durch Förderprogramme locken. Achtung, Finanzierungsvorbehalt!

Die Windkraft soll ausgebaut werden, klar. Zwei Prozent der Landesflächen sollen dafür zur Verfügung stehen. An das heikle Thema Abstandsregeln hat man sich aber noch nicht herangewagt. Die EEG-Umlage soll in den nächsten vier Jahren wegfallen, um die Bürger bei den Stromkosten zu entlasten. Mal abgesehen davon, dass das nur einen kleinen Teil der Steuern auf den Strompreis ausmacht und daher den Preis wohl nicht spürbar senken wird, reißt dies ein zusätzliches Loch in die Staatskasse. Und Genehmigungsverfahren für Windanlagen sollen verkürzt werden. Nun, das ist so dringend, dass es sogar Armin Laschet im Wahlkampf versprochen hatte.

Man wird den Verdacht nicht los, dass die Grünen sich irgendwie noch ein bisschen schämen, dass sie 2017 mit Angela Merkel und ihrer Union so dicke waren, dass die Liberalen schließlich ausgezogen sind. Hat man deshalb jetzt ein paar Zugeständnisse mehr gemacht? Tröstlich wirken da die Kapitel zur Gesellschaftspolitik und zur Digitalisierung. Da wird der Aufbruch ins 21. Jahrhundert offenbar von allen drei Partnern gleichermaßen getragen. Vermutlich haben Grüne und FDP die SPD da ein bisschen gezogen, womit sich die Vorgespräche der beiden „kleineren“ Parteien gelohnt haben können.

Vieles wird nun darauf ankommen, wie die Ressorts zugeschnitten sind, wer welche Kompetenzen erhält – und wie man letztlich zusammenarbeitet. Hoffentlich steht die Ampel-Koalition dann wirklich bis Weihnachten. Es gibt schließlich genug zu tun.

Kolumne

Die Sprache in meinen Träumen

MIRAY CALISKAN

wird so weitergehen, selbst wenn meine Nichte anfängt, ganze deutsche Sätze zu formulieren. Drinnen Türkisch, draußen Deutsch. Das ist die Regel.

Meine Eltern haben sehr viel Wert drauf gelegt, dass ich Deutsch so perfekt beherrsche wie meine erste Muttersprache, ohne diese jemals zu verlernen. So sollte ich ausschließlich deutsche Freunde haben. Ich weiß noch, wie meine Mama mir als Kind sogar davon abriet, meine Freizeit mit Yasemin, einem Mädchen aus der Nachbarschaft, zu verbringen.

In meiner Zeit am Gymnasium besuchte ich ein- bis zweimal in der Woche zusätzlich

eine türkische Schule, wo ich lernte, die türkische Grammatik richtig anzuwenden. Auch Geschichte wurde unterrichtet. Am Ende des Jahres bekam ich ein Zeugnis der deutschen und eins der türkischen Schule überreicht. Jahrelang.

Ich werde oft gefragt, wie das geht, dass ich beide Sprachen gleichermaßen gut beherrsche, zwischen beiden hin- und herpendele, ohne mich selbst zu verwirren. Wenn ich müde bin, leiden meine Sprachen – sowohl die türkische als auch die deutsche – sehr darunter. Dann vergesse ich den richtigen Artikel von einem Wort, muss auf der Duden-Webseite nachschlagen. Oder ich mache andere grammatikalische Fehler, die manchmal so schräg und so lustig sind, dass ich selbst über sie lachen muss. Oder ich fange an zu lallen und zu stottern, wenn ich mit meiner Mama auf Türkisch telefoniere. Sie versteht kaum Deutsch. Je erschöpfter ich bin, desto heftiger wird meine Sprache beeinflusst.

In welcher Sprache ich träume, habe ich noch nicht vollends ergründet. Vor einigen Wochen träumte ich von meinem Vater, der mich per Facetime anrief und mir auf Türkisch sagte, dass ich mein Handy schief halte, er aber unbedingt mein Gesicht sehen wolle. An seine Wörter kann ich mich ganz klar erinnern. Welche Sprache in meinen anderen Träumen gesprochen wird, weiß ich nicht.

Zitat

„Ich beneide Menschen, die sagen, sie möchten am liebsten tot umfallen. Ich würde gerne vorher noch meine Schubladen aufräumen.“

Gisela Schneeberger, 73, Schauspielerin, im Interview mit dem SZ-Magazin

Auslese

Das Ende der EEG-Umlage?

Die EEG-Umlage wird 2022 auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren fallen. Zur Debatte um die Zukunft der Abgabe schreibt die *Allgemeine Zeitung* in Mainz: „Was einst sinnvoll war, um mit verlockenden Einspeisevergütungen grünen Strom aus der Taufe zu heben, hat sich zum Hemmschuh auf dem Weg hin zur Klimaneutralität entwickelt. Denn die Verkehrswende braucht günstigen Strom für E-Autos und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ebenso wie der Gebäudesektor für Wärmepumpen. Sollte die Regierung bis Weihnachten stehen, hätte das Ende der EEG-Umlage zum Start neuer Politik Signalcharakter. Während fossile Energie auch durch den CO₂-Preis mehr kostet, würde Strom billiger. Ein Zusammenhang, der für jeden spürbar wäre. An der sensibelsten Stelle – dem Geldbeutel.“

Die *Nürnberger Zeitung* kommentiert: „Die Absenkung der Ökostrom-Umlage wird den Strompreis allerdings nur stabilisieren, nicht senken. Denn die Netzentgelte und die Beschaffungskosten der Stromversorger steigen weiter. Der Plan der Ampel-Parteien, die EEG-Umlage in einem weiteren Schritt ganz abzuschaffen, ist daher ebenso sinnvoll wie überfällig. Die Ökostrom-Förderung lässt sich durch Steuern und Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung finanzieren. Gezielte Ausgleichszahlungen können soziale Härten lindern. Die Energiepreise werden aber tendenziell weiter steigen. Denn Deutschland will im laufenden Betrieb einen kompletten Systemwechsel stemmen: von den fossilen Brennstoffen und der Atomenergie hin zu den erneuerbaren Energien. Dieser politisch gewollte Umstieg wird viel Geld kosten.“ (pt.)

Berliner Zeitung

PFlichtblatt DER BÖRSE BERLIN
Herausgeber: Dr. Michael Maier
Textchef: Bettina Cosack (VStP)
Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Miller
Reporter: Ruth Schneeberger, Jan Schmidt
Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz
Ressorts
Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
Weit & Nationen: Dr. Michael Maier
Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Briene
Kultur: Harry Nutt
Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneeberger
Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt
Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
Chef Print: Ingo Preißer
Art Direction Print: Heike Fischer
Chef Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-biz@berlinerverlag.com
Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH
Geschäftsführung BV Berliner Tageszeitungen GmbH:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Verlag: Berliner Verlag GmbH:
Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller
 Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33
 Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Edzard Maske
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerverlag.com
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerverlag.com
 Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.
 Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH,
 Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Christoph Stiller
 Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
 Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerverlag.com
 Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktäglich Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.
 Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht kein Bellerungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.